

## Pressemitteilung

### Was lange währt....

### KeKoWi begrüßt den Beitritt der LH Wiesbaden zum ‚Bündnis‘

**Wiesbaden, 27.03.2009:** „Das war ein guter Abend für unsere Region! Wir danken den Stadtverordneten, die diesen Schritt mitgetragen haben“ kommentiert Christoph Wald, Sprecher der ‚BI Kein Kohlestrom Wiesbaden (KeKoWi)‘, den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum ‚[Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.](#)‘.

„Von diesem Beitritt geht für die Bürgerinnen und Bürger auf der hessischen Rheinseite ein weiteres klares Signal aus, dass diese im Kampf gegen das geplante Importkohlekraftwerk der KMW auch durch die Stadt Wiesbaden nicht alleine gelassen werden.

Die Kurstadt Wiesbaden und ihre Bürger gehören aufgrund der vorherrschenden Windrichtung zu den Hauptbetroffenen, der gestrige Schritt war schlicht konsequent.

Das bestehende (und erweiterbare) moderne GuD-Gaskraftwerk aus 2001 versorgt die Region, die zusätzlichen Immissionen durch den Kohleklotz sind der Bevölkerung in dieser bereits jetzt höchst belasteten Region objektiv nicht zumutbar.

Nicht nachvollziehbar waren auf der gestrigen StVV allerdings die Versuche von CDU und FDP, den Antrag auf Beitritt zum Bündnis durch Geschäftsordnungsanträge und eine Sitzungsunterbrechung mit Einberufung des Ältestenausschusses von der Tagesordnung zu kippen, zumal sich die Stadtverordnetenversammlung bereits mehrfach, teilweise sogar einstimmig gegen das Kohlekraftwerk ausgesprochen hat.

Schwer erträglich allerdings waren später dann die Ausführungen der CDU-Stadtverordneten Petri, die versuchte, den Beitritt der Stadt und die damit verbundene Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in den Privatklagen als eine ‚Adelung des Klagevereins‘ abzuwerten. Offensichtlich scheint sich Frau Petri noch kein einziges Mal mit den Mitgliedern des Bündnisses sowie dessen breiter und überparteilich ausgeglichener Aufstellung beschäftigt zu haben; zu den Mitgliedern gehören auch ihre Parteifreunde, nämlich die CDU Mainz.

Wir empfehlen hier einfach mal einen Blick auf die Webseite [www.buendnis-mainz-wiesbaden.de](http://www.buendnis-mainz-wiesbaden.de) .

Die geplante Klage der Körperschaft ‚Stadt Wiesbaden‘ kann nicht alle relevanten Aspekte gegen das Kohlekraftwerk vor Gericht vertreten. Privatklagen von durch das Bündnis getragenen Musterklägern sind aufgrund der dort transportierten Inhalte unabdingbar, ebenso wie die jetzt beschlossene auch finanzielle Unterstützung dieser Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt.“

Wald abschließend: „Bevor noch weiter auch Steuergelder in dieses Projekt investiert werden, sollte spätestens jetzt bei potentiellen Investoren und natürlich auch bei den KMW selbst ein Umdenken einsetzen.

Es stellt sich neben der Dauerfrage nach der Wirtschaftlichkeit des Projektes inzwischen schon die Frage, wer denn außer den KMW selbst dieses Kohlekraftwerk überhaupt noch will?

Parlamentarisch wie außerparlamentarisch jedenfalls ist das Kraftwerk in der ganzen Region und bei beiden Eignern, nämlich den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz, nicht erwünscht!“